



Düngkalk-Hauptgemeinschaft

im Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e.V.

Annastraße 67-71

50 968 Köln

Tel: 0221/93 46 74-30

Fax: 0221/93 46 74-14

E-mail: pollehn@kalk.de

www.naturkalk.de

Anhörung im Agrarausschuss des Bundestages am 13. April 2005 zum Waldzustandsbericht 2004

Seit den 70er Jahren ist es gesichertes Erkenntnis, dass die neuartigen Waldschäden im Wesentlichen auf die langjährig eingetragenen Luftschadstoffe SO₂ und NO_x und die dadurch ausgelöste Bodenversauerung und Trinkwassergefährdung zurückzuführen sind. Verursacher ist die Gesellschaft, die durch Energieverbrauch und Verkehr die Immissionen zu vertreten hat. Im übrigen zieht die Gesellschaft durch sauberes Trinkwasser und Erholung einen erheblichen Nutzen aus der Revitalisierung der Wälder und Waldböden

Die kausalen Zusammenhänge sind vielfach dokumentiert und heute unbestritten. In vielen Bundesländern werden deshalb Bodenschutzkalkungen durchgeführt, die diese Böden zumindest vor weiterem Säureeintrag schützen. Eine Sanierung kann damit allerdings noch nicht erreicht werden.

Die Ergebnisse des Waldzustandsberichtes aus 2004 in Verbindung mit der seit 1984 erhobenen Entwicklung über 20 Jahre zeigt eine stetige Verschlechterung und muss deshalb Anlass sein, die heutige Situation und künftige Strategie der Bodenschutzkalkung zu überdenken. Die Intensität dieser Maßnahmen ist in den Bundesländern höchst unterschiedlich, in der Regel jedoch völlig unzureichend, wenn man die von den Forschungsinstituten ermittelten sachlichen Erfordernisse zugrunde legt.

Die Grobkalkulation des potentiellen Bedarfs ergibt sich aus der Gesamtwaldfläche von rund 11 Mio. ha in Deutschland und eines Anteils von ca. 60 % kalkbedürftiger Fläche. Die Standard-Aufwandmenge von 3 t/ha führt zu einem potentiellen Gesamtbedarf in Deutschland von 20 Mio. t Kalk, der in einem Turnus von 10 Jahren auszubringen ist. Daraus ergibt sich ein jährlicher Bedarf von 2 Mio. t Kalk bundesweit. Diesem Bedarf steht eine tatsächlich ausgebrachte Menge von nur 200.000 t gegenüber. Die Tendenz ist seit Jahren stark sinkend und liegt heute bereits deutlich darunter. Alles in allem ist also ein Defizit von 1:10 festzustellen.

Der Finanzbedarf zur Bewältigung dieser Bodenschutzkalkung errechnet sich bei Kosten von € 65/t zzgl. MWSt. auf rund 150 Mio. €/Jahr. Der nicht aus EU-Mitteln abgedeckte nationale Anteil von 40 % ergibt einen entsprechenden Finanzbedarf von rund 60 Mio. €, also weniger als 1 € pro Einwohner und Jahr.

Alle Fachleute aus Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden sind sich darin einig, dass die Behebung dieser von der Allgemeinheit verursachten Schäden zu 100% von der öffentlichen Hand zu finanzieren ist, um den Waldbesitzer hiervon zu entlasten.

Köln, 15. März 2005